

Summary: Only pluralist societies can be constitutional democracies and, vice versa, only constitutional democracies with their institutional framework, in particular a dense network of checks and balances, can ensure the existence, indeed thriving of pluralism in the societies. What can be done when the anxious societies, following the political pragmatism and the unruly will to power of the political class, are increasingly willing to give up on pluralism? The answer rests not in the legal dimension of constitutional democracy, but in its social foundations.

Kurz gefasst: Nur pluralistische Gesellschaften können demokratische Verfassungsstaaten sein, und umgekehrt: Nur demokratische Verfassungsstaaten mit ihren Institutionen und checks and balances können einen lebendigen Pluralismus sichern. Was können wir tun, wenn in Zeiten grassierender Ängste und einer ganz auf Machterhaltung gerichteten politischen Klasse die Neigung wächst, Abstriche am Pluralismus zu machen? Nicht das Recht ist der Faktor, auf den es entscheidend ankommt. Vielmehr ist es die soziale Dimension des demokratischen Verfassungsstaats, auf den es ankommt.

Der Pluralismus ist entscheidend Wie wir der Aushöhlung des liberalen Verfassungsstaats begegnen können

Matej Avbelj

Der Verfassungsstaat bedeutet im Kern: Alle im Rahmen der Verfassung ausgeübte Macht speist sich aus der Idee der Menschenwürde – und dient dem Schutz dieser Würde. Das erfordert die Anerkennung gleicher Rechte auf Selbstverwirklichung für jeden einzelnen Menschen, und zwar so, dass die Würde anderer und deren Recht auf Selbstverwirklichung keinen Schaden nehmen. Ein solches Verständnis des Verfassungsstaats bedeutet damit zwangsläufig ein Bekenntnis zum Pluralismus. Denn die Idee der Menschenwürde ist nicht denkbar ohne Vielfalt: Jeder Mensch hat das Recht, nach dem Guten zu streben, wie er oder sie es für sich versteht. Und da individuelle Konzepte dessen, was gut ist, unterschiedlich sind, kann eine auf der Idee der Menschenwürde basierende Gesellschaft nur pluralistisch sein. Wenn diese Vielfalt als soziale Norm und als Wert akzeptiert ist, haben wir eine pluralistische Gesellschaft. Nur pluralistische Gesellschaften können demokratische Verfassungsstaaten sein, und umgekehrt können nur demokratische Verfassungsstaaten strukturell einen lebendigen Pluralismus gewährleisten, vor allem durch ein austariertes System gegenseitiger Kontrolle, den checks and balances.

Während der letzten zehn Jahre, vor allem seit dem Ausbruch der Finanzkrise, steht der demokratische Verfassungsstaat in Europa und im Westen insgesamt unter Druck. Pluralismus hat an Attraktivität eingebüßt. Zunächst einmal hat die Wirtschaftskrise den Zwang zu größerer Effizienz verstärkt. In vielen Ländern wurden die sozialstaatlichen Leistungen – und damit der Legitimität spendende output – erheblich eingeschränkt. Es stellte sich ein Gefühl ein, rasch und entschieden handeln zu müssen. Vielfalt und Pluralismus werden in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität zumindest toleriert; in Krisenzeiten können sie nun eher als Hemmnis auf der Suche nach schnellen und effizienten Problemlösungen gesehen werden.

Heute nun nehmen transnationale Organisationen und viele nicht staatliche und hybride transnationale Akteure erheblichen Einfluss auf den Nationalstaat und höhlen dessen Souveränität faktisch aus. In dieser Situation gibt es vielleicht gar keine schnelle und leichte Lösung für anstehende Probleme. Die politische Klasse kann dann die Mühen eines pluralistischen Gemeinwesens als Entschuldigung nehmen, gesellschaftliche Probleme erst gar nicht anzugehen. Gesellschaftliche Diversität mit ihren tatsächlichen wie vermeintlichen Unterschieden



Matej Avbelj ist Humboldt Senior Research Fellow und Associate Professor für Europäisches Recht an der Graduate School of Government and European Studies an der slowenischen Nova Univerza. Er forscht über Rechts- und Verfassungstheorie, EU-Recht sowie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Am WZB arbeitet er an einem Projekt über EU-Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. *(Foto: Martina Sander)*

matej.avbelj@wzb.eu

wird zunehmend zum Sündenbock gemacht, wenn in einer Krise die Erwartung schneller und effizienter Lösungen nicht erfüllt wird. Politische Gegner werden dann immer mehr zu Feinden. Einzelnen Minderheiten wird die Rolle einer fünften Kolonne angedichtet. Einwirkungen von außen, Migrationsbewegungen, die Internationalisierung des Rechts und Globalisierungsprozesse werden als existenzielle Bedrohungen angesehen. Sie seien eine Bedrohung unserer Identität, heißt es. Diese Entwicklungen müssten gestoppt werden, bevor es zu spät sei.

Pluralismus, eine Tugend in guten Zeiten, kann so in schlechten Zeiten zu einem Fluch werden. Die ethischen Normen des demokratischen Verfassungsstaats sind dadurch gefährdet. Mit Angriffen auf das System von checks and balances kann es zu einem Rückbau des Verfassungsstaats kommen – und das geschieht im Namen der Demokratie und angeblich zu deren Schutz. Dies alles wird für „unser Volk“ getan. „Volk“ wird dabei verstanden als etwas Einheitliches, das nicht durch Unterschiedlichkeit und Vielfalt geschwächt werden soll.

Der an der Universität Princeton lehrende Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller betont immer wieder, eine derartige Ablehnung des Pluralismus sei der Kern populistischen Denkens. Ein solches Denken treffen wir nicht nur in Mittel- und Osteuropa an, sondern auch in Westeuropa, nicht zuletzt in der Wiege der modernen Demokratie, dem Vereinigten Königreich. Der Umfang der Krise und das Ausmaß der Aushöhlung des demokratischen Verfassungsstaats mögen in Ost und West Unterschiede aufweisen, je nach historisch gewachsenem Grad der Institutionalisierung. Aber der Prozess einer Schwächung des Pluralismus unterscheidet sich in keiner Weise.

Die Frage ist nun: Wie ist dieser Prozess aufzuhalten und umzukehren? Die Antwort müssen wir im Politischen suchen. Die Schwächung des Pluralismus ist verstärkt worden durch Entscheidungen der herrschenden politischen Klasse oder jene, die zu ihr gehören wollen. Beim strategischen Kampf um Wählerstimmen setzt die politische Klasse, rechts wie links, auf die antipluralistische Karte. Dabei geht es aber nicht um die teilweise objektiven und nachvollziehbaren Sorgen, die es in der Bevölkerung beim Thema Pluralismus gibt, sondern um das Ausnutzen dieser Sorgen mit dem Ziel, die Macht zu erlangen und zu festigen. Die Rede vom „wahren“ Volk, der Einsatz demagogischer Mittel, mit denen leichte und schnelle Lösungen für die kompliziertesten Probleme versprochen werden, sind nichts als dreiste Heuchelei und kennzeichnen eine Politik, der es nur um die Wahrung der eigenen Machtinteressen geht.

Wenn wir uns nicht mehr zum Pluralismus bekennen, kann der demokratische Verfassungsstaat nicht mehr verteidigt werden, vor allem nicht mit legalen Mitteln. Denn der ist weniger abhängig vom Recht als vielmehr davon, dass wir die sozialen Voraussetzungen dafür schaffen, den Pluralismus in schwierigen Zeiten nicht aufzugeben. Recht als ein System von Regeln und Grundsätzen kann für jeden erdenklichen politischen Zweck gebeugt werden. Sein intrinsischer Wert für die Aufrechterhaltung einer wirklich gerechten Ordnung ist marginal, vielleicht hat das Recht diese Qualität überhaupt nicht. Um seine wichtige soziale Rolle erfüllen zu können, muss das Recht durchdrungen sein von Pluralismus, und Pluralismus muss vom Recht verteidigt werden, um lebensfähig zu bleiben.

Beide aber, Recht und Pluralismus, sind in jedem politischen System abhängig von der sozialen Einstellung des Volkes oder zumindest der Mehrheit des Volkes. Wenn das Volk aus objektiv gegebenen oder subjektiv empfundenen Gründen bereit ist, den Pluralismus und den Rechtsstaat aufzugeben, hat der demokratische Verfassungsstaat verloren. Und umgekehrt: Wenn die Mehrheit Rechtsstaat und Pluralität verteidigt, ist das eine solide Grundlage für den demokratischen Verfassungsstaat.

Die Antwort auf die Frage nach dem demokratischen Verfassungsstaat liegt in dessen sozialem Fundament. Der demokratische Verfassungsstaat hängt von der Unterstützung in der Bevölkerung ab. Wir brauchen also keinen populistischen Konstitutionalismus, sondern einen populären Konstitutionalismus. Einen Konstitutionalismus, der die Angst in der Bevölkerung wahrnimmt und darauf eingeht, der Lösungen anbietet und sich positiv auf das Leben der Menschen aus-

wirkt – und dabei den Werten des demokratischen Verfassungsstaats treu bleibt. Die Stärkung des populären Konstitutionalismus könnte den europäischen Populisten den Wind aus den Segeln nehmen, die Unterstützung der Bevölkerung zurückgewinnen. Die Geschichte ist nicht zu Ende. Sie geht weiter – und wir können sie so gestalten, dass sich Katastrophen nicht wiederholen.

Um dieses an Werten orientierte Ziel auch tatsächlich erreichen zu können, muss der Kampf um den demokratischen Verfassungsstaat explizit und nachdrücklich als politisches Projekt formuliert werden. Unabhängig von unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen müssen die demokratischen Parteien versuchen, die geschwächte Mitte wiederzugewinnen und zu verteidigen. Diese politische Mitte muss alle nur erdenklichen Mittel einsetzen, die wichtigsten sozialen Säulen des demokratischen Verfassungsstaats zu stärken: die Selbstvergewisserung liberalen Denkens und die Schaffung robuster staatlicher und zivilgesellschaftlicher Institutionen, die im Geiste des Sozialstaats gewährleisten, dass jeder und jede in Würde leben kann.

Literatur

Müller, Jan-Werner: *What Is Populism?* Philadelphia, PA: University of Pennsylvania Press 2016.

Habermas, Jürgen: „Constitutional Democracy: A Paradoxical Union of Contradictory Principles“. In: *Political Theory*, 2001, Jg. 29, H. 6, S. 766–781.

Jakab, András/Kochenov, Dimitry (Eds.): *The Enforcement of EU Law and Values*. Oxford: Oxford University Press 2017.